

Protokolländerung zum Rat am 22.02.2024 Öffentlicher Teil

Frau Goll bittet darum, die ihr zugeschriebenen Äußerungen richtigzustellen bzw. zu präzisieren.

Top 4.1 (S. 5):

Es steht im Protokoll, sie habe den Begriff „Wohnpflegegemeinschaft“ vorgeschlagen. Das ist so nicht ganz korrekt. Sie habe darauf hingewiesen, dass eine „Wohnpflegegemeinschaft“ eine bestimmte Wohnform mit bestimmten rechtlichen Voraussetzungen darstellt (s. Link unten) und dass es i.E. besser wäre, den Antrag offener zu formulieren, also nicht zwingend mit angeschlossener Wohnpflegegemeinschaft, sondern dies nur als eine Möglichkeit von seniorengerechten Wohnprojekten.

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/online-ratgeber-pflege/leistungen-der-pflegeversicherung/alternative-wohnformen.html>

Zu Top 9, S. 12:

Ihre Aussage ist so nicht richtig wiedergegeben; die Grünen haben im Planungsausschuss nicht gegen die Vorlage gestimmt, sie haben sich enthalten, weil sie noch Fragen hatten, die sie schriftlich stellen wollten. Der Vertagungsantrag fand keine Mehrheit.

S. Protokoll zum PLA: "Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen findet die Beschlussvorlage grundsätzlich einleuchtend, hätte jedoch noch Fragen, die sie schriftlich einreichen würde und von der Verwaltung gerne beantwortet hätte. Daher wird darum gebeten, den Punkt zu vertagen." Deshalb haben sich die Grünen enthalten. Sie haben die Notwendigkeit dieser Fragen nach interner Diskussion dann nicht mehr gesehen und die Verwaltung entsprechend informiert.

Richtig wäre (so oder ähnlich): „Die Grünen hätten keine Bedenken mehr, zuzustimmen, auch wenn sie sich im Planungsausschuss noch enthalten und Klärungsbedarf angemeldet hatten. Die Bedenken bezogen sich auf rechtliche Fragen sowie auf eine eventuelle Pestizidbelastung. Diese Bedenken seien aber inzwischen entweder ausgeräumt oder würden im Zuge einer Neuplanung ohnehin Berücksichtigung finden.“

Protokolländerung zum Rat am 22.02.2024, TOP 7 (Mitgliedschaft bei Wedel Marketing)

Das Abstimmungsergebnis ist falsch wiedergegeben worden.

Es muss korrekterweise lauten:

Abstimmungsergebnis:

34 Ja / 2 Nein (WSI) / 1 Enthaltung (WSI)

Ratssitzung am 28. März 2024

Antrag der WSI-Fraktion zur Neubesetzung von Gremienmitgliedern

Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss:

Ordentliches Mitglied:	Frau Ingrid Paradies
1. stellvertretendes Mitglied:	Herr Detlef Krause

Haupt- und Finanzausschuss:

4. stellvertretendes Mitglied:	Frau Ingrid Paradies
--------------------------------	----------------------

Wahlprüfungsausschuss:

3. stellvertretendes Mitglied:	Frau Ingrid Paradies
--------------------------------	----------------------

Vertreterin im Städtebund Schleswig-Holstein

Frau Ingrid Paradies

Stellvertreter: Herr Peter Ammer

Antrag der SPD-Fraktion Wedel zur Umbesetzung des Ausschusses.

UBF: Neu: Matti Schlotzhauer
 Alt: Wolfgang Rüdiger

Die SPD-Fraktion bittet um Zustimmung.

Für die SPD-Fraktion

Lothar Barop

Fraktionsvorsitzender

Statement zur Abwahl des BM

Bevor ich den Antrag einbringe und begründe, erlauben Sie mir bitte ein paar Worte im Namen der antragstellenden Fraktionen vorab:

Liebe Bürgerinnen und Bürger Wedels,

Im Rat sitzen von Ihnen gewählte Menschen, angetreten sich kommunalpolitisch für unsere Stadt zu engagieren. Sie opfern ehrenamtlich neben Beruf und Familie viel Zeit, um in unterschiedlichen Gremien die Geschicke der Stadt verantwortungsvoll zu lenken und politisch etwas zu bewegen.

So individuell die Motive für den Einstieg in die Politik auch gewesen sein mögen. Niemand ist angetreten, sich mit der Amtsführung des Bürgermeisters auseinanderzusetzen oder gar die Einleitung seines Abwahlverfahrens herbeizuführen. Aber genau das ist seit vielen Monaten das vorherrschende Thema. Es geht um das Amtsverständnis des amtierenden Bürgermeisters in Wedel und nicht um die Person Gernot Kaser.

Das ist mir besonders wichtig: Ehrverletzende Angriffe auf Herrn Kaser, wie sie zum Beispiel auf Facebook und anderswo geäußert werden, gehen gar nicht. Das ist kein Umgangsstil, den wir akzeptieren können. Es ist aber genauso unerträglich, was sich Ratsmitglieder, die für die Stadt ehrenamtlich in ihrer Freizeit tätig sind, gerade zurzeit auf Facebook für herabsetzende Äußerungen und Unterstellungen gefallen lassen müssen. Da sollte jeder in sich gehen. Man kann in der Sache anderer Meinung sein, aber ohne Ratsmitgliedern Böswilligkeit zum Schaden der Stadt zu unterstellen.

Zur gewonnenen Bürgermeisterwahl 2022 freuten sich alle politischen Parteien ehrlich über eine konstruktive Zusammenarbeit und einem fairen, guten Austausch mit Herrn Kaser. Wir haben daher wie viele Bürgerinnen und Bürger dem Amtsantritt von Herrn Kaser positiv entgegengesehen, er hatte ja versprochen Wedel mit „frischem Wind“ in eine moderne Zukunft zu führen.

Leider hat Herr Kaser auf ganzer Linie enttäuscht. Nach Anlaufschwierigkeiten, die man jemandem ohne Verwaltungserfahrung noch nachsehen konnte, ist keine Verbesserung eingetreten, vielmehr hat sich die Zusammenarbeit des Bürgermeisters mit dem Rat und seine Leitung der Stadtverwaltung immer mehr verschlechtert.

Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich auf die gesetzlichen Aufgaben und Pflichten des Bürgermeisters hinweisen:

Der Bürgermeister hat nach dem Gesetz nicht das „Sagen“ in der Stadt, auch wenn dies wegen des Titels viele glauben. Er muss sich bei seiner Arbeit als Chef der Verwaltung vielmehr nach den Zielen und Grundsätzen des Rates richten und ist dazu da, die Beschlüsse

des Rates vorzubereiten und auszuführen. So schreibt es die Gemeindeordnung Schleswig-Holstein vor.

Die eklatanten Mängel des Bürgermeisters in seiner Amtsausübung und der Personalführung sind offensichtlich. Eine offene Kommunikation findet zwischen den politischen Vertretungen und dem Bürgermeister nicht statt. Ein vertrauensvoller Austausch im Dialog gemeinsam Lösungen zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen zu erarbeiten - ebenfalls Fehlanzeige.

Das Arbeitsklima in der Stadtverwaltung hat sich seit seinem Amtsantritt drastisch verschlechtert und ist so schlecht wie nie. Es herrscht ein Klima des Misstrauens, der Angst und der Verunsicherung, für das der Bürgermeister unmittelbar verantwortlich ist. Eine überwältigende Mehrheit der Beschäftigten hat den Bürgermeister in einer Umfrage des Personalrates als Hauptursache für die schlechte Stimmung, die Verärgerung, Frustration und Verunsicherung genannt.

Im Einzelnen bemängeln die Beschäftigten u. a.:

- Willkürliche, intransparente Entscheidungen.
- Unzuverlässiges, verletzendes und respektloses Verhalten.
- Fehlende Selbstreflexion.
- Schlechtes Führungsverhalten (Führung durch Spaltung, keine Führungskraft).
- Keine Durchdringung von Informationen mit der Folge nicht nachvollziehbarer Entscheidungen.
- Schaffung eines Klimas des Misstrauens, der Angst und der Demotivation.
- Fehlendes Vertrauen in die Mitarbeitenden.
- Mangelnde Organisation von Terminen und bei der Bearbeitung von Vorgängen.
- Verunsicherung durch verstörenden Umgang mit Mitarbeitenden, verbunden mit Drohungen.

Viele Einzelgespräche mit den Beschäftigten haben dieses Bild bestätigt. Das schlechte Arbeitsklima in der Stadtverwaltung kann man nicht wegdiskutieren, auch nicht die Verantwortlichkeit des Bürgermeisters. Herr Kaser hat sich über das schlechte Arbeitsklima bestürzt gezeigt und angekündigt, dass er das Problem angehen werde. Geschehen ist seit Monaten: nichts.

Die von den Mitarbeitenden aufgezählten Probleme beschreiben auch sehr gut die Zusammenarbeit zwischen den politischen Vertretungen und dem Bürgermeister. Eine offene Kommunikation findet nicht statt. Ein vertrauensvoller Austausch, im Dialog gemeinsam Lösungen zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen zu erarbeiten - ebenfalls Fehlanzeige.

Eine solche Situation ist nicht länger hinnehmbar. Die gewaltigen Herausforderungen, vor denen die Stadt steht, können nur bewältigt werden, wenn alle an einem Strang ziehen, Rat, Bürgermeister und die Beschäftigten in der Stadtverwaltung. Mit einem Bürgermeister, der kein vernünftiges Arbeitsklima in der Verwaltung schaffen kann, der Beschäftigte vergrault, mit dem eine Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Rat nicht möglich ist, kann dies nicht gelingen.

Diese desolate Situation führt seit Mitte letzten Jahres dazu, dass sich immer mehr Mitarbeitende von Wedel abwenden und ihr berufliches Glück bei einem anderen Arbeitgeber suchen. In Zeiten großen Fachkräftemangels kein Problem für die Suchenden, für Wedel ist es aber sehr wohl ein Problem, da diese Stellen nur schwerlich und nicht zeitnah nachbesetzt werden können.

Der Weggang von Kolleginnen und Kollegen verursacht bei den Beschäftigten, die bleiben, eine erhöhte Arbeitsbelastung, die wiederum zu stärkeren Belastungen mit krankheitsbedingten Ausfällen und weiteren Kündigungen führen kann – ein Teufelskreis, der seit fast einem Jahr vom Bürgermeister ignoriert und klein geredet wird.

Der ehrenamtlich tätige Rat ist in entscheidendem Maße auf eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und der Verwaltung angewiesen. Eigenmächtiges Handeln des Bürgermeisters ohne ausreichende Abstimmung mit dem Rat verstößt gegen die Gemeindeordnung und ist in der Sache auch total kontraproduktiv, weil damit gar nichts erreicht werden kann.

Ein Beispiel ist der Maulkorberlass des Bürgermeisters. Die Beschäftigten der Verwaltung dürfen aufgrund einer internen Dienstanweisung nicht mehr direkt mit den Ratsmitgliedern kommunizieren. Alles soll über den Tisch des Bürgermeisters laufen. Dies ist eine massive Behinderung der Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse. Herr Kaser kommt mit seinen ureigensten Aufgaben schon nicht zurecht. Die Terminorganisation ist katastrophal, wichtige Termine in Gremien nimmt er nicht wahr, Vorgänge bleiben liegen und werden nicht abgearbeitet. Notwendige Beschlussfassungen im Rat und in den Gremien werden unnötig verzögert, nur weil der Bürgermeister seinen eigenen Mitarbeitern misstraut. So kann man keine Organisation wie eine Stadtverwaltung dieser Größe führen.

Ein weiteres Beispiel ist Wedel Marketing, ein Zusammenschluss von vielen Wedeler Unternehmen und Kaufleuten. Der Rat möchte, dass die Stadtverwaltung zum Wohle der Stadt eng mit Wedel Marketing zusammenarbeitet. Herr Kaser hat dagegen schon Ende 2022 versucht, den Vertrag der Stadt mit Wedel Marketing zu kündigen. Er stößt auch die dort ehrenamtlich Tätigen mit haltlosen Vorwürfen der angeblichen Vereinsmeierei und des Wirtschaftens in die eigene Tasche vor den Kopf. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit, denen gegenüber der Rat und auch Wedel Marketing durchaus

aufgeschlossen sind und die als Diskussionsgrundlage dienen könnten. Nach über einem Jahr hat Herr Kaser nun vor zwei Wochen per Email ein Statement vorgelegt.

Herr Kaser hat den Rückhalt im Rat verloren. Er ist in Ratssitzungen oft nicht sprech- und auskunftsfähig, weil er sich nicht ausreichend vorbereitet und die Angelegenheiten inhaltlich nicht durchdringt. Wichtige Termine zur inhaltlichen Abstimmung nimmt er nicht wahr, Zusagen werden nicht eingehalten. Die unbedingt notwendige enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Rat und mit den relevanten zivilgesellschaftlichen Gruppen ist mit Herrn Kaser nicht möglich.

Jeder Beamte muss die Befähigung zur Ausübung seines Amtes haben. Wenn er über keine Erfahrung im Umgang mit politischen Gremien und keine Verwaltungserfahrung verfügt, so muss er sich die erforderlichen Kenntnisse aneignen. Herrn Kaser ist dies auch nach zwei Jahren nicht gelungen. Das Verhältnis zum Rat hat sich immer weiter verschlechtert und ist inzwischen zerrüttet, das Arbeitsklima in der Stadtverwaltung ist immer schlechter geworden. Es besteht keinerlei Perspektive, dass Herr Kaser sein Verhalten ändert. Die Zusammenarbeit klappt einfach nicht. Es dient nicht dem Wohle der Stadt, wenn sich das vier weitere Jahre in dieser Weise hinzieht.

Wir halten deshalb, über die Parteigrenzen hinweg, einen klaren Schnitt für notwendig.

Die Entscheidung, diesen Antrag heute einzubringen, hat sich niemand hier im Rat leicht gemacht. Da intensive Gespräche unterschiedlicher Personen, auch unter vier Augen, mit dem Bürgermeister nichts fruchteten, zu keiner Verhaltensänderung und zu keinem zielführenden Dialog führten, sehen wir mittlerweile nur noch diesen Weg aus dem bestehenden Dilemma.

Mit den gleich folgenden Anträgen übernimmt der Rat der Stadt Wedel seine Verantwortung für das Wohl unserer Stadt und gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit ihr Votum am 09.06.2024 abzugeben. Die endgültige Entscheidung liegt in Ihren Händen. Wir als ebenfalls von Ihnen gewählte politische Mitglieder des Rates werden das Ergebnis als demokratische Entscheidung selbstverständlich respektieren und danach handeln. Für all die vielen Fragen, die sicher in den nächsten Wochen noch hochkommen, stehen die Mitglieder des Rates Ihnen zur Verfügung, damit Sie sich selbst ein Bild machen können und eine gute Grundlage für Ihre persönliche Entscheidung haben werden.

Vielen Dank!

**Rede anlässlich der Ratsversammlung der Stadt Wedel
28.03.2024**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

vor mehr als zwei Jahren bin ich angetreten, so viel zu verändern. Besser zu machen für Wedel und für uns alle.

Mir war klar, dass Veränderungen, ein anderer Kurs, das Aufbrechen von gewachsenen und bequemen Verbindungen und Abhängigkeiten zu Widerstand führen werden. Das ist bei Veränderungsprozessen völlig normal. Niemand gibt gern die Vorteile auf, die man sich gemeinsam geschaffen hat.

Dass sich damals weite Teile des alten Rates einen anderen Ausgang der Wahl gewünscht hatten, war offensichtlich und mir bewusst. Dass ich dann aber von der Mehrheit von Ihnen gewählt wurde, hat mir große Hoffnung gemacht.

Was dann allerdings im Großteil der letzten zwei Jahre passiert ist, war beispiellos. Sie haben dies vermutlich in den klassischen Medien und den sozialen Medien verfolgt.

Und glauben Sie mir, was die Öffentlichkeit mitbekommen hat, war nur die Spitze des Eisbergs.

Dazu werde ich mich zu gegebener Zeit noch äußern, heute ist der falsche Rahmen hierfür.

Einer meiner wichtigsten Punkte war und ist die Bürgernähe. Ich kann nicht mehr zählen, wie viele Nachrichten, Anrufe und Mitteilungen ich von Ihnen in meiner Zeit bekommen habe. Das ging sogar so weit, daß ich nicht mehr alle Nachrichten beantworten konnte.

Aber ganz besonders in den letzten Wochen bin ich von so vielen von Ihnen angesprochen oder kontaktiert worden. Ich hatte damit gerechnet, dass ich oft die Fragen hören muss „Warum haben Sie das alles getan, was Ihnen vorgeworfen wird?“. Und wissen Sie was ? Diese Frage habe ich nie gestellt bekommen. Fast alle, die sich bei mir gemeldet haben, haben mir in etwa diese Fragen gestellt: „Herr Kaser, warum tun Sie sich das alles eigentlich an? Wie halten Sie und Ihre Familie das aus ?“

Auf die erste Frage kann ich nur sagen: „Weil ich an Veränderung glaube und das Ziel, die Stadt für uns alle zu verbessern, nicht aufgeben will!“.

Und zur Frage, wie meine Familie die Situation aushält, kann ich Ihnen nur sagen: Es ist verdammt schwer. Aber ich habe eine unglaublich starke Familie, eine fantastische Frau und wunderbare Töchter. Aber ganz besonders für letztere ist die Herausforderung immens.

Ich frage Sie: Wie mögen sich wohl Teenager fühlen, wenn sie alle paar Tage in der Zeitung reißerische Schlagzeilen lesen müssen, die unter anderem Ihren Papa als „Rathaus-Tyrann“ herabwürdigen? Hierbei wurde nicht nur eine Grenze überschritten.

Ja, ich habe in den letzten Monaten Führungsfehler gemacht. Ich habe es nicht in dem Umfang geschafft, meine hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Umfang „mitzunehmen“, wie ich es mir vorgenommen hatte, und was mein Anspruch ist. Ich habe einen zu starken Fokus auf die Projekte gelegt, was zu einer erheblichen zeitlichen Auslastung geführt hat und damit verbunden leider zu einer Führung in zu geringem Umfang. Dies bedauere ich außerordentlich.

Der Personalrat hat mit der Mitarbeiterumfrage und der auf meinem Wunsch erfolgten Detailabfrage der Gründe eine gute Arbeit geleistet.

Diese Umfrageergebnisse sind nun der Eckpfeiler meiner Personalstrategie.

Ein erster Termin mit dem Personalrat hat bereits stattgefunden und das Thema hat seit der Umfrage meine höchste Priorität. Die Umfrage hat aufgezeigt, dass ein Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass SIE (denn ich sehe heute viele von Ihnen hier) Angst vor mir haben. Ein Ergebnis, das mich bis ins Mark schockiert hat.

Wer mich aber kennt, weiß, daß ich ein friedvoller Mensch bin.

Aus diesem Grund habe ich dem Personalrat bereits angekündigt, mit jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin Gespräche zu führen. Selbstverständlich im Beisein des Personalrates. Denn ich möchte dafür sorgen, dass niemand von ihnen dieses Gefühl weiterhin trägt. Aber offensichtlich werde ich dazu wohl in den nächsten Monaten nicht mehr kommen, was mir für mein Team leid tut.

Für mich gilt aber auch nach dem heutigen Abend der Blick nach vorn. In den kommenden Wochen und Monaten wird Einiges aufzuarbeiten sein. Wie bereits angekündigt, werde ich selbstverständlich mit der Kommunalaufsicht im Rahmen des Disziplinarverfahrens bestmöglich zusammenarbeiten.

Auf vielen Kanälen werden Sie natürlich auch weiterhin von mir hören.

Ich wünsche mir sehr, dass Sie mir das Vertrauen, welches Sie vor zwei Jahren in mich gesetzt haben, weiterhin schenken, und bin zuversichtlich, dass wir nach dem 9. Juni gemeinsam einen Aufbruch für Wedel erreichen.

Vielen Dank!

Gernot Kaser
Bürgermeister der Stadt Wedel

Ausarbeitung der Rede:
Stand 28.03.2024, 16 Uhr

Guten Abend sehr geehrte Damen und Herren,

der Personalrat hat im Gremium intensiv diskutiert und entschieden, eine Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag auf Einleitung des Abwahlverfahrens abzugeben. Dabei möchten wir angesichts der öffentlichen Diskussion der letzten Wochen zwei Dinge betonen:

1. Es geht für uns in diesem Verfahren nicht um oder gegen den Menschen Gernot Kaser, sondern ausschließlich um die Amtsführung des Bürgermeisters.
2. Die Vorwürfe und Unterstellungen, die gegen unsere Kolleginnen und Kollegen in der Öffentlichkeit erhoben werden, weisen wir aufs Schärfste zurück.

Ausgehend von der mehrheitlichen Meinung der Mitarbeitenden, die uns in unserer Umfrage mitgeteilt wurde, sind wir der Überzeugung, dass es der Wunsch vieler Kolleginnen und Kollegen ist, über uns zu Wort zu kommen. Auch wir können keine Inhalte aus nichtöffentlichen Sitzungen schildern, jedoch eigene Erlebnisse und freigegebene Gesprächsinhalte aus Krisen- und Beratungsgesprächen mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen wiedergeben. Daher hat der Personalrat in seiner Sitzung am 27.03.2024 nachfolgende Stellungnahme einstimmig beschlossen.

Der Personalrat der Stadt Wedel begrüßt den Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und der Linken im Rat.

Wie in den letzten Monaten bereits öffentlich geworden ist, haben die Mitarbeitenden im Rathaus dem Personalrat ein erschütterndes Bild von den aktuellen Arbeitsbedingungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister gezeichnet. In keiner Weise sei in den letzten zwei Jahren oder den letzten Monaten eine Verbesserung hinsichtlich des Sachverstandes, der Kritikfähigkeit, der Führungsfähigkeiten oder der Zuverlässigkeit zu erkennen. Hinzu kämen ein verletzender Umgang und Lügen, um in der Öffentlichkeit gut dazustehen. Daher scheint in den meisten Bereichen auch zukünftig eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit nicht möglich. Probleme würden vom Bürgermeister nicht erkannt und selbst nach Hinweis und Nachweis ohne Lösungsansatz negiert.

Wir als Personalrat teilen diese Einschätzung der Kolleginnen und Kollegen. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren offen gegenüber dem vom Bürgermeister angekündigten „Frischen Wind“ und mehr als willens, ihn hinsichtlich der notwendigen Verwaltungs- und Rechtskenntnisse zu unterstützen. Leider lässt der Bürgermeister sich nicht unterstützen. Auch nach fast zwei Jahren im Amt missachtet er die Einhaltung elementarer Verwaltungsvorschriften, sei es bei der Mitbestimmung durch den Personalrat, Abläufe bei Stellenbesetzungen oder Vorschriften der Gemeindeordnung bei Gremiensitzungen. Ein typisches Beispiel war der Versuch, die Tagesordnung mitten im Ablauf einer Ratssitzung zu verändern. Oder eine Arbeitsanweisung zu schicken, die rechtlich nicht umsetzbar war und widerrufen werden musste. Das mag wie kleine, unbedeutende Beispiele wirken, steht jedoch exemplarisch für viele Begebenheiten im Arbeitsalltag und zeigt, wie wenig in den vergangenen zwei Jahren an Sachkenntnis hinzugewonnen wurde. Dies verursacht Mehrarbeit

bei den Kolleginnen und Kollegen und die Ablehnung und das Ignorieren von Ratschlägen und Hinweisen sorgen für Frust.

Wir sehen auch nicht die notwendigen Führungsqualitäten, die unserer Auffassung nach für ein solches öffentliches Amt als Bürgermeister als Vertretung einer Stadt und verbunden mit der Leitung einer großen Verwaltung mit so vielen Mitarbeitenden notwendig sind.

- Bei der Vorstellung der Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage des Personalrates im November im Rat hatten wir uns bewusst entschieden, die Gründe für die dramatische Verschlechterung des Betriebsklimas nur im nichtöffentlichen Teil vorzustellen. Der Bürgermeister nutzte dies für eine Rede im öffentlichen Teil, in der er Nichtkenntnis der Ursachen bemängelte, verbunden mit dem Vorwurf, außer ihm würde sich niemand für die Gründe interessieren. Er forderte den Personalrat mit Fristsetzung auf, ihm mehrere Fragen zu beantworten, unter anderem die Frage „Gegen wen richten sich die Verärgerungen?“. Zu diesem Zeitpunkt waren ihm die Gründe bereits über eine Woche bekannt und er wusste, dass die Kolleginnen und Kollegen ihn als Hauptgrund für das schlechte Betriebsklima benannt hatten, im Rathaus bis zu 94%. Wiederholt hat er die Beteiligung an der Umfrage wider besseres Wissen auch öffentlich kleingeredet. Den Vorwurf der Mitarbeitenden, er würde Lügen benutzen, um in der Öffentlichkeit oder bei seinem jeweiligen Gesprächspartner besser dazustehen, können wir daher aus eigener Erfahrung bestätigen.
- Wir als Personalrat erleben, dass der Bürgermeister in Gesprächen plötzlich gegenüber Mitarbeitenden durch Körperspannung, Mimik und Stimme eine bedrohliche Ausstrahlung einnimmt, die auch für andere Gesprächsteilnehmer spürbar wird. Dabei ist der Auslöser kein Fehler des/der Mitarbeitenden, sondern dass ihm der Inhalt des Gespräches nicht gefällt. Ein solches Verhalten ist aus unserer Sicht für jeden Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin und insbesondere als Führungskraft in einer solchen Machtposition untragbar und hat Auswirkungen auf die gesamte Kollegenschaft.
- Wir führen Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr allein in ein Gespräch mit dem Bürgermeister gehen wollen, zu ihrem Schutz und um eine Zeugin / einen Zeugen dabei zu haben. Teilweise wird ihnen dies sogar von ihren Vorgesetzten empfohlen, die ihre Mitarbeitenden schützen möchten.
- Wir führen Gespräche mit Mitarbeitenden, die E-Mails in einem unangemessenen und die Arbeit oder Person herabwürdigenden Ton erhalten. Dabei unterstellt er Fehlverhalten ohne den Sachverhalt vorher zu prüfen, die Mitarbeitenden anzuhören und obwohl diese belegbar korrekt gehandelt haben.
- Wir führen Gespräche mit Mitarbeitenden, die vom Bürgermeister nach Dienstschluss oder am Wochenende in ihrer Freizeit wegen Nichtigkeiten angerufen werden, teilweise über private Anschlüsse. Dabei handelt es sich nie um Notfälle oder dringliche Angelegenheiten.

- Nachdem der Bürgermeister per E-Mail eine organisatorische Maßnahme ins Haus kommuniziert hatte, führten wir viele Gespräche mit verunsicherten Kolleginnen und Kollegen im Haus. In der E-Mail sprach er von Vertrauen und Loyalität als Eckpfeiler der Zusammenarbeit und ließ gleichzeitig die betroffenen Mitarbeitenden schlecht dastehen. Der Personalrat war über diese organisatorische Entscheidung nicht vorab informiert, obwohl die Maßnahme mitbestimmungspflichtig gewesen wäre.
- Wir führten viele Gespräche zu einer anderen organisatorischen Maßnahme, die der Bürgermeister allein entschieden und den betroffenen Mitarbeitenden verkündet hat, wieder ohne die vorgeschriebene Beteiligung des Personalrates einzuhalten.
- Es sorgt für Frust bei Kolleginnen und Kollegen, wenn der Bürgermeister ein internes Arbeitsergebnis extern überprüfen lässt, weil er sich ein anderes Ergebnis gewünscht hätte und ihnen nicht vertraut. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bekommen dies nur durch Zufall mit.
- Wir als Personalrat ärgern uns über die Nichteinhaltung von Terminen, kurzfristige Absagen oder auch unentschuldigtes Fehlen. Wir bekommen auch den Ärger der Kolleginnen und Kollegen mit, denen es genauso geht. Und wir sind peinlich berührt, wenn wir erfahren, dass auch externe Termine unentschuldigt nicht wahrgenommen werden.
- Wir verstehen nicht, warum der Bürgermeister an einem Wochenende einigen betroffenen Eltern per Telefon Informationen zu einer Kita-Schließung mitteilte, bevor diese Informationen mit der Kita-Leitung oder dem Kita-Träger besprochen werden konnten. Der Bürgermeister sprach in der Öffentlichkeit von einem Missverständnis, die Eltern hätten ihn falsch verstanden; in dem Leserbrief einer Betroffenen stand: „Klar hat Herr Schmidt als Bürgermeister schon Fehler diesbezüglich gemacht, aber Herr Kaser als jetziger Verantwortlicher schlägt dem Fass mit seinen Lügen den Boden aus“. Dies löste einen hohen kommunikativen Mehraufwand bei den Kolleginnen und Kollegen der Fachabteilung aus und wir sehen eine Beschädigung des Rufs der Stadtverwaltung als verlässliche Verhandlungspartnerin.
- Dass der Bürgermeister die Anweisung erteilt hat, vieles habe über seinen Schreibtisch zu laufen, gefährdet die Handlungsfähigkeit der Verwaltung, weil er weder den Inhalten, noch der Arbeitsmenge gerecht wird. Es gibt Vorgänge, die monatelang auf seinem Schreibtisch liegen, was eine Weiterbearbeitung oder Entscheidung verhindert.
- Der Bürgermeister beruft Termine ein oder bespricht Themen mit Externen, ohne die fachlich zuständigen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere die Führungskräfte, zu beteiligen. So sind diese abgeschnitten von Informationen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben wichtig wären.
- Obwohl ab April zwei von drei Fachbereichsleitungsstellen unbesetzt sein werden, hat der Bürgermeister noch keine Regelungen für die Übergangszeit entwickelt. Vielmehr zeigte er sich vor kurzem noch überrascht, dass diese Situation ansteht, obwohl sie seit Monaten bekannt ist.

Bei all diesen Dingen handelt es sich lediglich um einzelne Beispiele die kommunizierbar sind. Diese stehen jedoch symptomatisch für die derzeitige Situation im Rathaus, die unglaublich viel Energie und Arbeitskapazitäten bindet.

Wir möchten ausdrücklich betonen, dass es diese Situation und nicht die Sorge vor Veränderungen oder dem viel zitierten „Aufbrechen alter Strukturen“ ist, die die Kolleginnen und Kollegen umtreibt. Es hat aus unserer Sicht in den zwei Jahren noch keinen Ansatz oder Versuch der Modernisierung von Strukturen durch den Bürgermeister gegeben, obwohl viele - und auch wir - offen für Veränderungen, insbesondere zugunsten weniger Bürokratie gewesen wären. Die durchgeführte externe Organisationsuntersuchung geschah auf Impulsgebung der Politik, vor dem Amtsantritt des Bürgermeisters. Die Kolleginnen und Kollegen und der Personalrat waren ebenso wie er in den Workshops beteiligt und haben sich intensiv in den Prozess eingebracht. Nachdem dem Bürgermeister die Umsetzungsempfehlungen nicht gefielen und die Beratungsfirma den Wunsch des Bürgermeisters nach einem Gefälligkeitsgutachten abgelehnt hatte, wird nun im Alleingang versucht, eine eigene Struktur ohne Einbindung der Kolleginnen und Kollegen und der Fachabteilung zu entwickeln. In die neuen Überlegungen des Bürgermeisters ist der Personalrat nicht eingebunden, obwohl er uns bereits frühzeitig über seine Überlegungen hätte informieren müssen.

Die Situation beeinträchtigt zunehmend die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen. Interne Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu einem Drittel der Kolleginnen und Kollegen kurzfristig die Stadtverwaltung verlassen werden, um nicht weitere vier Jahre dieser Situation ausgeliefert zu sein. Das hätte aus unserer Sicht katastrophale Folgen für die Stadt. Zum einen ist es auf Grund der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt bereits jetzt schwer, offene Stellen zu besetzen, zum anderen sorgt der Ruf, der unserem Bürgermeister bereits jetzt in anderen Kommunen vorausieht, nicht für viele Bewerbungen von Fachkräften aus umliegenden Verwaltungen. Die verbleibenden zwei Drittel der Mitarbeitenden wären nicht in der Lage, die Arbeitsprozesse aufzufangen, was die Abläufe im Haus und die zu erbringenden Dienstleistungen massiv beeinträchtigen würde. Zusätzliche dringende Aufgaben wie Digitalisierung, Haushaltskonsolidierung, Schul- und Kita-Entwicklung könnten On Top nicht geleistet werden. Dabei noch völlig unberücksichtigt bleibt das Fachwissen, das der Stadt Wedel verloren gehen würde, ganz zu schweigen davon, wer noch Kapazitäten für die Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen aufbringen soll.

Dieser Druck wird zusätzlich zu den bereits oben benannten bestehenden Belastungen auf die bleibenden Kolleginnen und Kollegen einwirken und die psychische und physische Gesundheit weiter beeinträchtigen. Durch all diese Faktoren und die geschätzte Fluktuation werden der Stadt Wedel zudem enorm hohe Kosten entstehen.

Daher begrüßen wir als Personalrat den Antrag auf Einleitung eines Abwahlverfahrens und hoffen darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger anschließend zum Wohle der Stadt Wedel und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheiden werden.



Persönliche Erklärung

Anfang letzten Jahres habe ich mich überzeugen lassen, aus dem politischen Ruhestand noch einmal zurückzukehren und aktiv im Interesse der Stadt Wedel für fünf Jahre Kommunalpolitik mitzugestalten. Mein Ziel war es, aufzuzeigen wie im Zusammenspiel zwischen dem Ehrenamt und dem Bürgermeister die notwendigen Bedingungen geschaffen werden können, um Wedel aus dem Schuldenloch der letzten Jahrzehnte heraus und auf einen zukunftsfähigen Kurs zu bringen.

Die politischen Querelen der letzten Jahre habe ich dabei ausgeblendet und war nach der Kommunalwahl im Mai gespannt, wie der Prozess in der Ratsversammlung und mit dem Bürgermeister neu anläuft. Gerade die Vielzahl an neuen Ratsmitgliedern, die in die Querelen der letzten Wahlperiode nicht verstrickt waren, stimmten mich hoffnungsfroh. Denn Kommunalpolitik funktioniert nur, wenn Ehrenamt und Hauptamt vertrauensvoll zusammenarbeiten. So sieht es auch die Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein vor. Ein Kommunalparlament ist kein freischwebendes Gesetzgebungsorgan wie der Landtag oder der Bundestag, sondern bildet zusammen mit der hauptamtlichen Verwaltung die Leitung der Kommune.

Mit dem ersten Workshop der Ratsmitglieder und der Verwaltung nach den Sommerferien hatte ich bei den Anwesenden die Bereitschaft gesehen, in Sachen Haushalt wirklich nach vorne zu denken. In den sich dann anschließenden Beratungen zum Haushalt 2024 zeigte sich aber, dass dieser Elan nicht mehr zu halten war. Nur mit viel Mühe und externer Hilfe des Kreises gelang es, einen ausgeglichenen Haushalt für ein Jahr aufzustellen.

Leider kippte die Kommunalpolitik immer weiter ab in Richtung eines Kampfes der Mehrheit des Rates gegen einen Bürgermeister, der sicherlich kein Verwaltungsfachmann ist. Der auch durchaus, wie jeder andere, nicht immer fehlerfrei gehandelt hat. Diese Fehler rechtfertigen aber nicht, mit einem letztlich von den Bürgern legitimierten Bürgermeister so menschlich fragwürdig umzugehen. Schließlich ist er, ebenso wie das politische Ehrenamt, angetreten, um Wedel voranzubringen.

Bürgermeister Kaser hat aus seiner früheren beruflichen Tätigkeit in der Wirtschaft viele gute Ideen für die Stadt mitgebracht. Deren Umsetzung setzt aber bei allen Beteiligten voraus, nicht nur im alten System zu verharren, sondern Veränderungsbereitschaft zu zeigen. Diese Bereitschaft vermisse ich sowohl bei der Mehrheit der Ratsmitglieder als auch in Teilen der Verwaltung und bei den Leistungsempfängern der Stadt. Der erste Höhepunkt war dann die im Januar in der Ratsversammlung von der Mehrheit durchgepeitschte Mitgliedschaft der Stadt im privaten Verein Wedel Marketing e. V. für einen Jahresbeitrag von 95.000 EUR ohne klar vereinbarte Gegenleistung. Diese Entscheidung war offenkundig rechtswidrig, wie der Bürgermeister in seinem Widerspruch auch deutlich aufzeigte.

Der nächste Schritt war dann auf der letzten Ratssitzung die Verlesung einer fünfseitigen Anklageschrift gegen den Bürgermeister. Die enthielt aber bis auf einige wenige

Tatsachbehauptungen geschickterweise nur Meinungsäußerungen. Die sind nicht justizierbar, dienen aber der Stimmungsmache.

Zusammenfassend habe ich in dem knapp einem Jahr als Mitglied der Ratsversammlung erlebt, wie die Mehrheit kaum Bereitschaft zeigt, tragfähige politische Kompromisse zu notwendigen Entscheidungen für die Weiterentwicklung der Stadt zu debattieren und zu finden. Vielmehr legt es die Mehrheit nur darauf an, dem Bürgermeister alle nur denkbaren Vorwürfe zu machen und damit den Ruf der Stadt Wedel wirksam und wahrscheinlich auf Dauer, zumindest aber auf lange Sicht, völlig zu zerstören.

Wie sollen denn die so dringend zur Steigerung der Einnahmeseite der Stadt notwendigen neuen und starken Gewerbesteuerzahler nach Wedel geholt werden? Wie sollen denn kluge Köpfe für unsere Verwaltung gefunden werden, die allein schon aufgrund des demographischen Wandels immer wieder Nachwuchs braucht? Ein Blick der Interessenten in die Lokalpresse mit ihren reißerischen Überschriften zum Thema Kommunalpolitik lässt doch jeden Interessenten die Lust an der Stadt Wedel verlieren. Da hilft auch die gute Lage der Stadt Wedel in unmittelbarer Nachbarschaft zu Hamburgs Westen und direkt an der Elbe, sowie die schlank aufgestellte Verwaltung und die niedrigeren Steuersätze als in Hamburg, rein gar nichts mehr.

Alle Versuche des Bürgermeisters zumindest eine halbwegs vertretbare Form der Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und Hauptamt zu finden, wurden bislang von der Mehrheit im Rat hintertrieben. Besonders denkwürdig war der Umgang der Ratsmehrheit mit dem Vorschlag des Bürgermeisters auf dem Neujahrsempfang der Stadt, zur Entspannung der Lage eine Mediation zwischen Ehren- und Hauptamt vorzuschlagen.

Scheinbar ist der Kampf gegen den von den Bürgern mit klarer Mehrheit vor zwei Jahren gewählten Bürgermeister die einzige Richtschnur für das politische Handeln der Mehrheit im Rat. Ich bin nicht mehr gewillt, dabei auch nur ansatzweise mitzumachen. Daher lege ich mein Ratsmandat mit Ablauf des 31. März 2024 nieder.

Dem von den Bürgern gewählten Bürgermeister Kaser wünsche ich weiterhin viel Erfolg und eine glückliche Hand. Der Mehrheit im Rat lege ich ein Nachdenken im Hinblick auf die dringend notwendige Schadensminderung für meine Heimatstadt Wedel nah.

Dr. Valerie Wilms

Wedel, den 28.03.2024

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir an dieser Stelle wichtig, ein paar Worte an Sie zu richten.

Dies ist auch für mich keine leichte Situation. Frau Süss hat es vorhin bereits, stellvertretend für uns Ratsleute ausgeführt.

Voller Energie und Tatendrang bin ich nach der Kommunalwahl im letzten Mai in meine Ämter gestartet. Als Fraktionsvorsitzende der größten Fraktion im Rat, als Vorsitzende des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport und als stellvertretende Bürgermeisterin.

Dass es irgendwann zu dieser heutigen Situation kommt, und ich dadurch die Plätze im Rat wechseln muss, und nun als Übergangs Bürgermeisterin vor Ihnen sitze, hätte ich niemals gedacht. Warum es nun doch so ist, haben wir ausführlich gehört.

Ich kann Ihnen heute Abend versichern, ich nehme diese neue Herausforderung mit ihren vielseitigen Aufgaben an. Ich werde nach besten Wissen und Gewissen alles dafür tun diesem Amt in der Übergangszeit gerecht zu werden.

Politisch neutral und teamorientiert.

Gemeinsam mit den vielen, tollen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung werden wir diese Übergangszeit meistern.

Mir ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun emotional zur Ruhe kommen.

Dann haben wir gemeinsam die Chance, dass es für Wedel nicht zum Stillstand kommt sondern aktiv in den nächsten Wochen weitergeht.

Ich bin in den letzten Tagen oft gefragt worden, ob ich überhaupt die nötige Zeit aufbringen kann als stellvertretende Bürgermeisterin zu arbeiten?

Ich kann versichern, ich habe die Zeit dafür. Ich konnte meine Arbeitszeit auf ein Minimum reduzieren und mich somit auf Wedel konzentrieren. Und auch meine Familie steht hinter mir damit ich diese neue ehrenamtliche Tätigkeit ausfüllen kann.

Zum Schluss möchte ich nur noch eines sagen:

Lassen Sie uns nun in der kommenden Zeit den Blick nach vorne richten und gemeinsam die anstehenden Aufgaben für Wedel anpacken!

Vielen Danke für Ihre Aufmerksamkeit.